

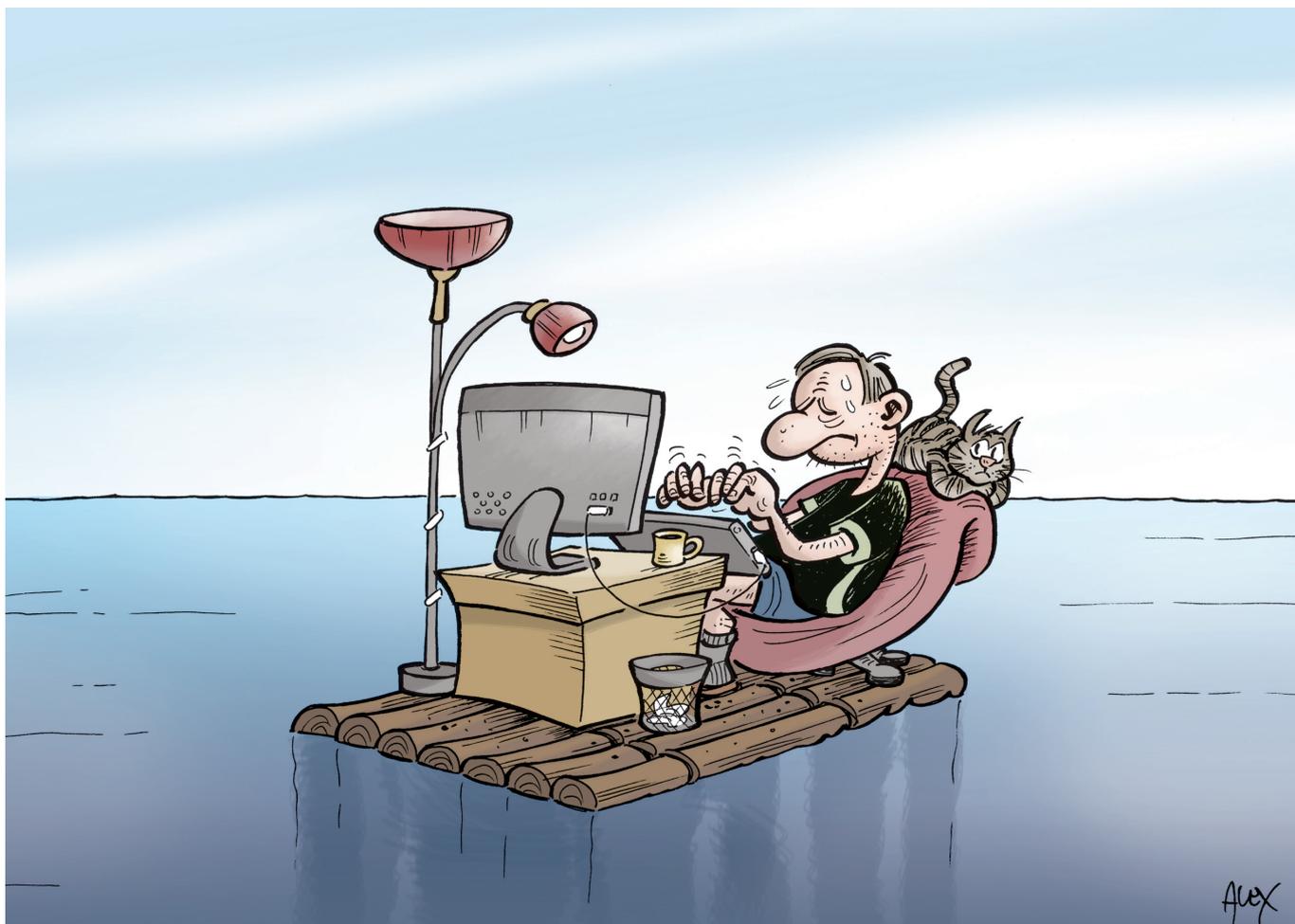
Tätigkeitsbericht über den Sektor Aussenbeziehungen

—
2021



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Chancellerie d'Etat CHA
Staatskanzlei SK



Staatskanzlei SK

Chorherrengasse 17, 1701 Freiburg
T +41 26 305 10 45
staatskanzlei@fr.ch, www.fr.ch/sk

—

März 2022

—

© Alex erschienen in La Liberté vom 24. März 2021

—

Auf 100 % umweltfreundlichem Papier gedruckt

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis	3	Finanzausgleich	22
Einleitung	4	RUBD	22
1 Freiburg auf der Bundesbühne	5	Interkantonale Zusammenarbeit	22
Vordringliche Dossiers	5	Staatskanzlei	23
Covid-19-Gesetz	5	Interkantonale Zusammenarbeit	23
AP22+ und Pestizidinitiativen	6	Imageförderung des Kantons Freiburg	23
Zuckerwirtschaft	6	Anhänge	25
CO ₂ -Gesetz	6	Anhang I: Vernehmlassungen des Bundes	25
Kostenbremse KVG	6	Anhang II: Direktorenkonferenzen	30
Initiative 10 %	7	Anhang III: Präsidien und Vizepräsidien	32
Kulturbotschaft	7	Anhang IV : Interkantonale Vereinbarungen	34
Unterstützung der Medien	8	Anhang V: Tätigkeitsfelder der Sektor Aussenbeziehungen	36
E-Voting	8		
Wohneigentumsbesteuerung	10		
Regionaler Personenverkehr	10		
Gesetz über die Verwendung von DNA-Profilen	10		
2 Freiburg auf der interkantonalen Bühne	11		
KdK	11		
Covid-19	11		
Institutionelles Abkommen	12		
DVS	12		
WRK	12		
Covid-19-Gesetz	12		
HRS	13		
Generalversammlung und Forum 2021	13		
Freiburger Projekte	13		
Zweisprachigkeit	13		
3 Freiburg auf der internationalen Bühne	15		
Region Grand Est	15		
VRE	15		
4 Direktionen: Interkantonale Zusammenarbeit	17		
EKSD	17		
Interkantonale Zusammenarbeit	17		
Austausch von Schüler/innen und Klassen (SAKA)	18		
SJD	18		
Interkantonale Zusammenarbeit	18		
ILFD	19		
Interkantonale Zusammenarbeit	19		
VWD	19		
Interkantonale Zusammenarbeit	19		
Neue Regionalpolitik	20		
GSD	20		
Interkantonale Zusammenarbeit	20		
FIND	21		
Interkantonale Zusammenarbeit	21		

Einleitung



©Alex erschienen in La Liberté vom 19. Mai 2021.

«Halten Sie weiterhin Abstand». Niemand hätte das vorhersehen können. Im Jahr 2021 hatte uns das Coronavirus immer noch fest im Griff, auch im Bereich der Sektor Aussenbeziehungen. Monatelang war unser Team verkleinert, weil wir der kantonalen Task Force Covid-19 zur Hand gingen. Darüber hinaus war es nicht immer möglich, unsere Mission der Begegnung und des Austauschs erfolgreich durchzuführen.

Ab Mitte des Jahres wurden die Vernehmlassungen zur Covid-19-Pandemie von der Staatskanzlei durchgeführt, und der Sektor Aussenbeziehungen übernahm die Koordination. Etwa 25 Vernehmlassungen gingen durch unsere Hände, manchmal mit sehr kurzen Antwortzeiten (vier bis sechs Tage). Die Kantone hatten so mehr Mitspracherecht, aber ein fundiertes Feedback war kaum möglich.

Die Arbeit in Bundesbern ging weitgehend normal weiter. Dank der guten Kontakte zu den Bundesparlamentarierinnen und -parlamentariern konnten die Interessen Freiburgs gut vertreten werden. Zum Beispiel im Gesundheitsbereich: Dank dem Massnahmenpaket zur Kostendämpfung können die Kantone in Zukunft Pilotprojekte durchführen, was ganz im Sinne des Kantons Freiburg ist.

Bei den Kulturförderungsmassnahmen stellte sich die Frage, ob ein Prozentsatz der Einnahmen von

Streamingdiensten für das unabhängige Schweizer Filmschaffen verwendet werden sollte. Der Kanton Freiburg wollte einen Steuerprozentsatz in Höhe von 4 % für Streaming-Plattformen beibehalten, was das Parlament dann auch beschloss. Jedoch wurde ein Referendum angekündigt.

Über das Gesetz Covid-19 wurde zweimal abgestimmt. Zweimal sagten die Wählerinnen und Wähler Ja, so wie es der Kanton wollte. Freiburg führte die Kampagne insbesondere über die Westschweizer Regierungskonferenz, was zeigt, wie wichtig Netzwerke für unseren Kanton sind.

Ab dem Frühjahr beruhigte sich die Situation um Covid-19 etwas. Begegnungen wurden möglich. Der Staatsrat stattete der Walliser Regierung einen Besuch ab und profitierte von einem intensiven Austausch. Der Sektor Aussenbeziehungen organisierte im Oktober eine Veranstaltung mit den höheren Kadern von Bundesbern. Rund 90 Personen haben daran teilgenommen.

Im Dezember besuchte eine Delegation rund um den Volkswirtschaftsdirektor Mülhausen. Dort wurde eine Absichtserklärung mit unserer Partnerregion Région Grand Est unterzeichnet, um die Zusammenarbeit fortzusetzen. Es wurden mehrere Themen angesprochen, die weiterverfolgt werden.

Obwohl wir Ende des Jahres in die Telearbeit geschickt wurden, besteht weiterhin die Hoffnung auf eine Rückkehr zur Normalität, doch Solidarität und Durchhaltevermögen sind nach wie vor erforderlich. Gemeinsam werden wir es schaffen.

«Mehr als eine Brücke zwischen den Freiburger Behörden und der Delegation in den eidgenössischen Räten ist der Sektor Aussenbeziehungen ein echter Motor, um die Verbindungen zwischen uns Parlamentarierinnen und Parlamentariern zu stärken. Mit diesem Sektor sind wir in Freiburg besser vernetzt, stärker vereint und können so unsere Arbeit unter besseren Bedingungen mit grösserem Erfolg durchführen.»

Johanna Gapany, Ständerätin

1 Freiburg auf der Bundesbühne



© Parlamentsdienste, 3003 Bern

Der Nationalrat ist eine der beiden eidgenössischen Kammern. Hier werden die gesetzgeberischen Entscheide auf Bundesebene getroffen. Hier der Blick von der Besuchertribüne.

Vordringliche Dossiers

Im Rahmen der Überwachung von Dossiers des Bundes, die von spezifischer Bedeutung für den Kanton sind, hat der Sektor Aussenbeziehungen folgenden Geschäften besondere Aufmerksamkeit geschenkt.

Covid-19-Gesetz

Um die Covid-19-Epidemie zu bekämpfen, hatte der Bundesrat in einer ersten Phase den Zustand der ausserordentlichen Lage ausgerufen. Dieser Zustand, der auf dem Epidemien-gesetz des Bundes basierte, ermöglichte es ihm damals, schnell Massnahmen zu ergreifen, ohne den üblichen parlamentarischen Prozess durchlaufen zu müssen. Da diese Situation jedoch nicht auf Dauer aufrechterhalten werden

konnte, ging der Bundesrat rasch zur besonderen Lage über, die es ihm insbesondere ermöglichte, die Kantone viel besser in seine Entscheidungen miteinzubeziehen. Ausserdem mussten die getroffenen Massnahmen in einem Gesetz verankert werden, damit die demokratischen Prozesse respektiert werden. Dieses Gesetz wurde im September 2020 vom Parlament verabschiedet und anschliessend mehrfach geändert. Es bildete die rechtliche Grundlage für eine ganze Reihe von Massnahmen zur Bekämpfung der Pandemie und ihrer Folgen. Eine weitere Besonderheit war, dass es in weniger als einem Jahr zweimal in einem Referendum angegriffen wurde. Das Volk hat also zweimal abgestimmt, zuerst über den ursprünglichen Text (13. Juni 2021) und dann über eine Änderung (28. November 2021). Jedes

Mal hat sich der Staatsrat in der Kampagne engagiert, um das Gesetz zu verteidigen, da es den Kantonen ermöglicht, ihre Aufgabe im Kampf gegen die Pandemie zu erfüllen, insbesondere durch die Rückverfolgung von Kontakten und die Impfung, aber auch bei der Unterstützung von Kultur, Sport und Unternehmen.

AP22+ und Pestizidinitiativen

Nach dem Ständerat im Jahr 2020 beschloss auch der Nationalrat, die Vorlage zur Agrarreform zu sistieren und an den Bundesrat zurückzuweisen. Das Ziel dieser Reform ist es, die Schweizer Landwirtschaft umweltfreundlicher zu gestalten. Durch den Entschluss zur Zurückweisung wird das Inkrafttreten der neuen Strategie mit neuen Diskussionen auf 2023 verschoben. Diese Reform war indirekt ein Gegenvorschlag zu den beiden Pestizidinitiativen, über die am 13. Juni 2021 abgestimmt wurde und die abgelehnt wurden. Seitdem wurden zahlreiche Motionen und parlamentarische Vorlagen eingereicht, um verschiedene Elemente der AP22+ zu erfüllen und ins Parlament zu bringen. Trotz der Ablehnung der Agrarpolitik wurden die Finanzrahmen für die Jahre 2022 bis 2025 gemäss dem Willen des Kantons Freiburg freigegeben.

Zuckerwirtschaft

Die Schweizer Zuckerindustrie deckt rund 70 % des Zuckerbedarfs des Landes ab. Für viele Bauernfamilien im Kanton Freiburg ist der Anbau von Zuckerrüben eine wichtige Einkommensquelle. Die Zuckerrüben fielen, nachdem die Europäische Union 2017 die Produktionsmengen freigab und die Exportbeschränkung aufgehoben hatte. Der Bundesrat ergriff im folgenden Jahr Massnahmen, darunter einen Beitrag für den Anbau von Zuckerrüben in der Höhe von 2100 Franken pro Hektare und einen Zollschutz von mindestens 70 Franken pro Tonne Zucker. Diese Massnahmen, die auf Verordnungsebene festgelegt wurden, laufen am 31. Dezember 2021 aus. Das Parlament beschloss, sie im Gesetz zu verankern und einen Zuschlag von 200 Franken für grünere Kulturen zu gewähren. Alle Unterstützungsmassnahmen sind jedoch zeitlich bis 2026 begrenzt.

CO₂-Gesetz

Nach einer intensiven Kampagne lehnte das Schweizer Volk das CO₂-Gesetz am 13. Juni 2021 mit 51,6 % ab. Ziel des Gesetzes war es, die Treibhausgasemissionen bis 2030 im Vergleich zu 1990 um 50 % zu senken und den Temperaturanstieg auf 1,5°C zu begrenzen. Die Ablehnung kam für den Bund und alle Kantone überraschend und zeigte, dass die Schweizerinnen und Schweizer keine Lenkungsabgabe zur Bekämpfung der Klimaerwärmung wollen. So mussten der Bund und die Kantone ihren Ansatz im Kampf gegen die globale Erwärmung überarbeiten. Der Bund hat im Dezember 2021 eine Revision des CO₂-Gesetzes in die Vernehmlassung geschickt. Im Laufe des Jahres hat der Kanton Freiburg seinerseits am 14. Juni 2021 einen Klimaplan verabschiedet, mit dem eine umfassende Klimaschutzpolitik geschaffen wird und ein Klimagesetz, um die Treibhausgasemissionen bis 2030 um die Hälfte zu reduzieren, um bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen und die Widerstandsfähigkeit des Kantonsgebiets gegenüber dem Klimawandel zu erhöhen.



©Alex erschienen in La Liberté vom 19. Mai 2021
« Sie glauben wohl, Sie können den Planeten noch lange mit Ihren Pestiziden kaputtmachen!! »

Kostenbremse KVG

Seit dem Inkrafttreten des KVG 1996 bis 2017 sind die Bruttokosten der OKP von 12 auf 32 Milliarden Franken pro Jahr gestiegen, was fast einer Verdreifachung entspricht. Der Bundesrat beauftragte daher eine Expertengruppe damit, zu analysieren, was im Ausland und in den Kantonen getan wird, und Massnahmen vorzuschlagen, die in der Schweiz anwendbar sind.

So wurden zwölf Massnahmen untersucht und in zwei Projekten bearbeitet. Das Projekt 2 wurde in der Schlussabstimmung in der Sommersession 2021 angenommen. Einige Massnahmen sind für die Kantone von besonderer Bedeutung. Ein Artikel, der Pilotprojekte erlaubt, wird es den Kantonen insbesondere ermöglichen, Modelle ausserhalb des «normalen» Rahmens des KVG zu erproben und in der Praxis zu testen. Die Rechnungskontrolle wird verstärkt und schliesslich wird eine nationale Tariforganisation geschaffen, an der sich die Kantone jedoch nicht beteiligen werden.

Das Projekt 1 wird derzeit in den eidgenössischen Räten mit Differenzen zwischen den beiden Räten diskutiert. Der Entwurf scheint jedoch der Meinung der Kantone zuwiderzulaufen, insbesondere was das Beschwerderecht der Versicherer gegen ihre Spitalplanung betrifft.

Initiative 10 %

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) reichte am 23. Januar 2020 eine eidgenössische Volksinitiative ein, die fordert, dass die von den Versicherten zu tragenden Prämien höchstens 10 % des verfügbaren Einkommens betragen dürfen. Der Bundesrat beschloss, ihr einen Gegenentwurf in Form einer Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) bei der individuellen Prämienverbilligung (IPV) gegenüberzustellen.

Die Konferenzen der kantonalen Gesundheitsdirektoren üben jedoch starke Kritik am Gegenentwurf des Bundesrates und halten ihn in seiner jetzigen Form für inakzeptabel. Erstens bringt der indirekte Gegenvorschlag des Bundesrates in zwei der drei Kantone mit der höchsten Prämienbelastung keine Verbesserung, während in zwei der drei Kantone mit der niedrigsten Prämienbelastung eine Verbesserung gemacht wird. Zweitens werden die finanziellen Folgen nur von den Kantonen getragen. Drittens ist das Stufensystem technisch mangelhaft, da es dazu führen kann, dass die Mindestfinanzierungspflicht für einen Kanton von einem Jahr zum anderen um mehr als 50 % steigt. Freiburg teilt diese Ansicht und der Sektor Aussenbeziehungen wird diese Angelegenheit aufmerksam verfolgen. Der Gegenentwurf wird in den eidgenössischen Kommissionen diskutiert.

Kulturbotschaft

Nachdem das Parlament verschiedene Massnahmen zur Kulturförderung angenommen hatte, musste noch darüber diskutiert werden, ob ein Prozentsatz der Einnahmen von Streamingdiensten für das unabhängige Schweizer Filmschaffen verwendet werden sollte oder ob eine Ersatzsteuer eingeführt werden sollte. Der Kanton Freiburg war an allen Debatten sehr interessiert und wollte einen Prozentsatz der Steuer in der Höhe von 4 % für Streaming-Plattformen beibehalten. Dieses Element wurde in der Debatte aufrechterhalten. Die andere im Filmgesetz bestätigte Massnahme ist, dass mindestens 30 % des Programms von Streamingunternehmen europäischen Filmen gewidmet sein müssen. Dadurch wird eine Monokultur in diesen Diensten vermieden und der Schweizer Film auf den Plattformen gefördert. Im Oktober 2021 wurde von den jungen Parteien der Rechten und der Mitte ein Referendum ergriffen. Sie gehen davon aus, dass diese Steuer auf die Verbraucher abgewälzt wird. Das Referendum war erfolgreich und es wird nun zur Volksabstimmung unterbreitet.

«In Bundesbern und auf interkantonaler Ebene werden zahlreiche Entscheidungen getroffen, die sich auf die politische Ausrichtung unseres Kantons auswirken. Deshalb versuchen wir, möglichst frühzeitig Einfluss auf diese Entscheidungen zu nehmen, durch die enge Zusammenarbeit mit unserer Delegation im Bundesparlament, durch das Engagement von Mitgliedern des Staatsrats in interkantonalen Konferenzen und durch die Koordinationsarbeit des Sektors Aussenbeziehungen.»

Jean-François Steiert, Staatsrat

Unterstützung der Medien

Die Medien, die in einer Demokratie sehr wichtig sind, sehen sich derzeit mit einem Verlust ihrer Werbeeinnahmen konfrontiert. Aus diesem Grund hat der Bundesrat beschlossen, dem Parlament Hilfsmassnahmen zu unterbreiten, um eine bessere Medienlandschaft mit einem kulturell und sprachlich vielfältigen Angebot und Massnahmen, die der Branche mit einer Unterstützung für Online-Medien den Übergang zur Digitalisierung ermöglichen, zu bieten.

Bei den Debatten im Parlament konnten sich der National- und der Ständerat nicht über die Begrenzung des Online-Angebots der SRG und die Geltungsdauer des Gesetzes einigen. Im Juni 2021 fand eine Einigungskonferenz statt, um die Gebührenquote von 6 auf 8 Prozent zu erhöhen. Am 18. Juni 2021 verabschiedete das Parlament das Gesetz, das vom Kanton Freiburg unterstützt wurde. Das Referendum kam zustande, sodass am 13. Februar 2022 eine Volksabstimmung über die Vorlage stattfinden wird. Der Freiburger Staatsrat hatte bereits im Jahr 2021 Medienhilfen in Höhe von 5,34 Mio. Franken bereitgestellt. Gleichzeitig stellte auch der Bund Hilfen in der Höhe von 20 Mio. Franken zur Verfügung.

E-Voting

Freiburg hat seit 2010 an den Versuchen zur elektronischen Stimmabgabe teilgenommen. Das Angebot stiess auf grosses Interesse, insbesondere bei den Auslandschweizerinnen und -schweizern. Die Anwendung für die elektronische Stimmabgabe wurde aber 2019 vom Markt genommen. Seither haben die Bundeskanzlei, die Schweizerische Post und die interessierten Kantone die Arbeiten zu dessen Wiedereinführung wieder aufgenommen. Im Laufe dieser Arbeiten wurde dem Staat Freiburg bewusst, dass dies für unseren Kanton zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen erforderte. Der Freiburger Staatsrat hat für den Moment beschlossen, das ursprünglich für 2022 geplante E-Voting-Projekt vorerst nicht wieder aufzunehmen.

Die Freiburger Delegation in den Eidgenössischen Räten



Die Freiburger Deputation in den eidgenössischen Räten während einer Arbeitssitzung mit dem Sektor Aussenbeziehungen. Und die Vereidigung von Isabelle Chassot während der Wintersession 2021.

Ein wichtiger Teil der Arbeit des Sektors Aussenbeziehungen (AB) besteht darin, eine genaue Nachverfolgung der Bundespolitik und insbesondere der Themen, die den Kanton Freiburg betreffen, zu gewährleisten. Zu diesem Zweck unterhält der Sektor Aussenbeziehungen regelmässig enge Beziehungen mit den Freiburger Mitgliedern der eidgenössischen Räte und steht in Verbindung mit dem Staatsrat und mit den Ämtern der kantonalen Verwaltung.

Diese Zusammenarbeit erfolgt in Form von Sensibilisierungsaktivitäten für Bundesparlamentarierinnen und -parlamentarier zu Themen, die im Parlament diskutiert werden und die bedeutende Folgen für den Kanton haben. Für Angelegenheiten von zentraler Bedeutung für den Kanton Freiburg werden auch Mobilisierungsaktivitäten in Zusammenarbeit mit der kantonalen Verwaltung durchgeführt. Parallel dazu findet vor jeder Parlamentssession ein offizielles Treffen zwischen der Freiburger Delegation in den eidgenössischen Räten und dem Staatsrat in Anwesenheit des Delegierten für Aussenbeziehungen statt. Dabei wird das Programm der kommenden Session eingehend analysiert und es werden spezifische Diskussionen zu strategischen Geschäften geführt, die zuvor von den Direktionen in den Vordergrund gestellt wurden. Schliesslich organisiert der Sektor Aussenbeziehungen während jeder Session ein informelles und gemütliches Treffen mit den Parlamentarierinnen und Parlamentariern, um die Beziehungen zu stärken und die Nachverfolgung aktueller Themen zu gewährleisten.

Kommissionspräsidien und -vizepräsidien

Im Jahr 2021 wurde zwei gewählten Freiburger Volksvertretern die Ehre zuteil, parlamentarische Kommissionen zu präsidieren. Christian Levrat (Wirtschaft und Abgaben) und Valérie Piller Carrard (Wissenschaft, Bildung und Kultur). Ständerätin Johanna Gapany hat das Vizepräsidium der Finanzkommission des Ständerates (FK-S) und Nationalrat Jacques Bourgeois das Vizepräsidium der Kommission für Umwelt, Raumplanung und Energie des Nationalrates (UREK-N) inne.

Ergänzungswahl in den Ständerat

Am 26. September 2021 wählte die Bevölkerung des Kantons Freiburg Isabelle Chassot in den Ständerat, um die Nachfolge von Christian Levrat anzutreten. Isabelle Chassot wurde während der Wintersession 2021 vereidigt.

Wohneigentumsbesteuerung

Die Idee ist, die Besteuerung des Eigenmietwerts abzuschaffen. Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben des Nationalrates hat beschlossen, auf die Vorlage ihrer Schwesterkommission des Ständerates zum Systemwechsel bei der Wohneigentumsbesteuerung einzutreten. Im Hinblick auf ihre Sitzung im Januar 2022 hat die Kommission die Verwaltung beauftragt, verschiedene Punkte abzuklären, die insbesondere die wirtschaftlichen Auswirkungen eines Systemwechsels betreffen. Der Kanton Freiburg ist gegen diese Reform. Er schätzt die Kosten für einen Systemwechsel, je nach Variante, auf bis zu 30 Millionen Franken. Das Bundesparlament wird die Diskussion im Jahr 2022 fortsetzen.

Regionaler Personenverkehr

Zwei Vorlagen betreffen den Regionalverkehr. Erstens wird eine Reform des regionalen Personenverkehrs (RPV) diskutiert und zweitens die Unterstützung des öffentlichen Verkehrs während der Covid-19-Krise.

Der Entwurf der RPV zielt darauf ab, die Vorschriften für den öffentlichen Verkehr zu vereinfachen, insbesondere in Bezug auf Subventionen. Dies ist auch eine Folge der «PostAuto-Affäre». Die Gesetzesänderung sieht vor, dass im subventionierten Regionalverkehr, der von Bund und Kantonen bestellt wird, keine Gewinne vorgesehen sind. Der Entwurf stärkt auch die Finanzierung von Innovationen, Pilotprojekten und Prototypen. Der Entwurf wurde vom Nationalrat unterstützt, der eine Massnahme zugunsten der Schülerinnen und Schüler hinzufügte.

Die Eidgenössischen Räte stimmten auch dem zweiten Paket von Unterstützungsmassnahmen für den öffentlichen Verkehr während der Covid-19-Krise zu. Der Kanton Freiburg hätte sich gewünscht, dass eine Bestimmung über touristische Angebote ausgebaut wird, was jedoch nicht gelang. Das Ergebnis bleibt aus Sicht des Kantons dennoch zufriedenstellend.

Gesetz über die Verwendung von DNA-Profilen

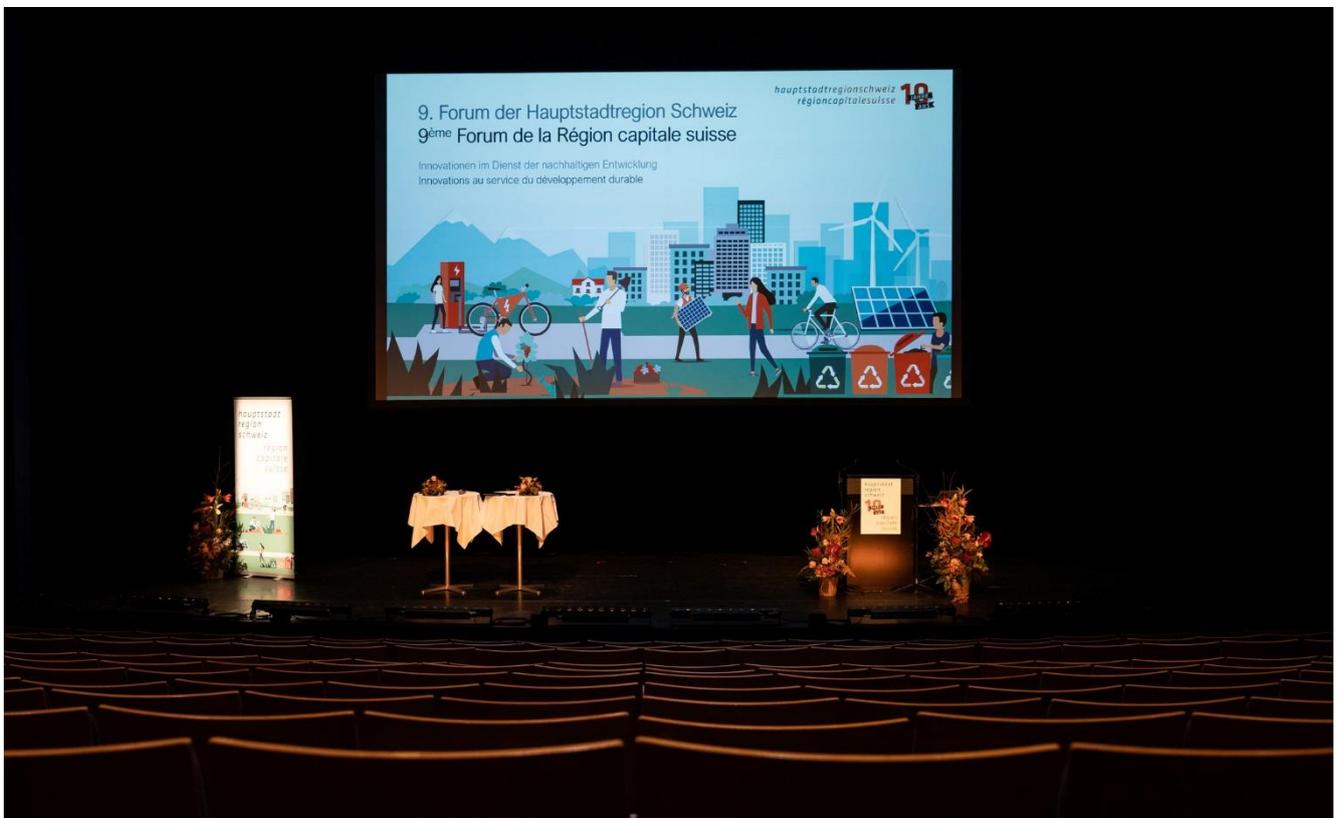
Bei einem Strafverfahren können die Ermittlungsbehörden künftig mehr Informationen aus den DNA-Spuren eines mutmasslichen Täters extrahieren. Das Parlament hat zu diesem Zweck eine

Liste von Delikten aufgestellt. Nach diesem Katalog dürfen DNA-Spuren nur bei vorsätzlicher Tötung, Mord und Totschlag, schwerer Körperverletzung, weiblicher Genitalverstümmelung, sexuellen Handlungen mit Minderjährigen, Vergewaltigung, Schändung, Raub, Geiselnahme und Verbrechen gegen die Menschlichkeit entnommen werden. Der Kanton Freiburg wollte keine zu restriktive Liste von Straftaten.

« Der Sektor Aussenbeziehungen erleichtert uns den Kontakt mit der Kantonsverwaltung und gibt uns wichtige Informationen zu Themen, die den Kanton Freiburg auf Bundesebene betreffen. Wir können auf kompetentes Personal zählen, das stets verfügbar ist. Diese Unterstützung erleichtert uns die Bearbeitung einiger Themen. »

Valérie Piller Carrard, Nationalrätin

2 Freiburg auf der interkantonalen Bühne



Die Kantone und Akteure der Hauptstadtregion Schweiz trafen sich in Neuenburg zum 9. HRS-Forum zum Thema "Innovation im Dienste der nachhaltigen Entwicklung."

Um seiner Stimme auf der Bundesebene Gehör zu verschaffen und weil man gemeinsam stärker ist, gehört Freiburg verschiedenen interkantonalen Konferenzen an. Für einige von ihnen – die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK), die Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) oder die Hauptstadtregion Schweiz (HRS) – wird die Koordination mit dem Staatsrat vom Sektor Aussenbeziehungen (AB) sichergestellt.

KdK

Der Kanton Freiburg wird in der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) von Staatsrat Olivier Curty, Volkswirtschaftsdirektor (VWD), vertreten. Im Jahr 2021 hielt die KdK fünf Plenarversammlungen ab, darunter eine ausserordentliche und drei per Videokonferenz.

«Die Kantone waren wichtige Akteure während der Covid-19-Pandemie in der Schweiz. Ihre starken und zugleich flexiblen Strukturen ermöglichten es ihnen, sich schnell an die veränderte Gesundheitssituation anzupassen, indem sie möglichst volksnahe Massnahmen ergriffen und eigene Initiativen entwickelten.»

Roland Mayer, Generalsekretär KdK

Covid-19

Die Covid-19-Pandemie war für die KdK natürlich während des gesamten Jahres 2021 ein wiederkehrendes Thema, insbesondere die Aspekte des Föderalismus und der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen. Aus dieser Perspektive ist festzustellen, dass die Kommunikation stark verbessert wurde und dass sich die Verfahren, die für

die Vernehmlassungen der Kantone eingeführt wurden sozusagen bewährt haben. Die Evaluation des Krisenmanagements wird zeigen, welche Aspekte noch hätten verbessert werden können, z. B. die Frage, ob die Kantone immer in die Vernehmlassung miteinbezogen werden müssen. Zu diesem Punkt ist darauf hinzuweisen, dass die den Kantonen eingeräumten Fristen oft sehr kurz sind und diese Vorgehensweise nicht über einen längeren Zeitraum aufrechterhalten werden kann.

Was die Evaluation des Krisenmanagements betrifft, wurde eine erste Phase bereits von der KdK umgesetzt. Ein Abschlussbericht über den Zeitraum von Oktober 2020 bis Sommer 2021 wurde Ende 2021 bei den Kantonen in die Vernehmlassung gegeben.

Dabei ist hervorzuheben, dass die KdK bei beiden Abstimmungen offiziell zugunsten des Covid-19-Gesetzes Stellung bezogen hat. Die Kantone haben sich insbesondere an der Seite des Bundesrates via die GDK geäußert.

Institutionelles Abkommen

Die Kantone sind in hohem Masse von den Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU betroffen. Aus diesem Grund haben sie sich immer sehr für die Verhandlungen über ein institutionelles Rahmenabkommen mit der EU interessiert und den Wunsch geäußert, eng in das Verfahren eingebunden zu werden. Im Mai brachten die Kantone durch eine gemeinsame Stellungnahme der KdK erneut ihr Festhalten an einer pragmatischen Lösung für die bilateralen Beziehungen mit der EU zum Ausdruck. Der Bundesrat entschied jedoch anders und brach die

«Der vom Bundesrat im Mai 2021 beschlossene Abbruch der Verhandlungen über den Entwurf des Rahmenabkommens und die damit verbundene (Rechts-)Unsicherheit hat erhebliche negative Auswirkungen, die nicht nur die Wirtschaft betreffen, sondern auch die Hochschulen, die dadurch von weiten Teilen des weltweit grössten Forschungsprogramms Horizon Europe ausgeschlossen sind.»

*Astrid Epiney, Rektorin der
Universität Freiburg*

Verhandlungen endgültig ab. Die KDK beschloss daher, eine neue Bestandsaufnahme der Europapolitik zu erstellen, da die letzte aus dem Jahr 2010 stammt.

DVS

Um die Strukturen zu straffen und den Aufbau und die Steuerung der digitalen Verwaltung zu reformieren, beschlossen der Bund, die Kantone und die Gemeinden 2020, die bestehenden Organe unter einer einzigen Einheit, der Digitalen Verwaltung Schweiz (DVS), zusammenzufassen. Nach der Vernehmlassung der Kantone wurde eine Rahmenvereinbarung verabschiedet. Die fünf Delegierten der Kantone für das politische Steuerungsorgan wurden ernannt, mit zwei Vertretern aus der lateinischen Schweiz. Der Kanton Freiburg möchte sich im Übrigen mit Nachdruck in der DVS engagieren, speziell auf operativer Ebene, um die E-Government-Projekte rasch voranzutreiben.

WRK

Der Kanton Freiburg wird in der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) von Olivier Curty, Volkswirtschaftsdirektor (VWD), und vom Delegierten für Aussenbeziehungen vertreten. Präsident der WRK ist der Waadtländer Staatsrat Pascal Broulis. Der Vorstand der WRK trat im Laufe des Jahres viermal zusammen, wobei der Covid-19 den grössten Teil der Dossiers beanspruchte.

Covid-19-Gesetz

Seit Beginn der Pandemie hat das Schweizer Volk zweimal über das Covid-19-Gesetz abgestimmt, das vom Kanton Freiburg zweimal unterstützt wurde. Einmal am 13. Juni 2021 und einmal am 28. November 2021. Die WRK unterstützte die Abstimmungsvorlage in beiden Fällen. Sie betonte insbesondere die Bedeutung der finanziellen Unterstützung in dieser Krise durch Härtefallregelungen, Erwerbsausfallentschädigungen und KAE. Diese Unterstützungen seien hilfreich, um die Krise in den am stärksten betroffenen Sektoren zu überwinden. Darüber hinaus hat die WRK bei beiden Abstimmungen darauf hingewiesen, dass eine Ablehnung die Finanzen der Kantone beeinflussen würde, da die Unterstützung des Bundes nicht mehr gesichert wäre.



©Chappatte, erschienen in Le Temps vom 27. Mai 2021.
«Wir lassen es lieber sein»

HRS

In der Hauptstadtregion Schweiz (HRS) wird der Kanton Freiburg von Staatsrat Olivier Curty, Volkswirtschaftsdirektor (VWD), und vom Delegierten für Aussenbeziehungen vertreten. Der Vorstand ist im Jahr 2021 viermal zusammengetreten, davon zweimal über Videokonferenz.

Generalversammlung und Forum 2021

Die diesjährige Generalversammlung der HRS fand per Videokonferenz statt. Das Forum in Neuenburg hingegen fand im November 2021 normal statt. Es bot die Gelegenheit, die für 2020 geplante Feier zum zehnjährigen Bestehen der Hauptstadtregion Schweiz nachzuholen.

«Stéphane Buchser, CEO von Chocolat Villars und Präsident des Clusters Food & Nutrition, präsentierte beim Forum der Hauptstadtregion am 26. November in Neuenburg die Herausforderungen und Chancen unserer Region in diesem Themenbereich. Die interregionale Arbeit ist für den Erfolg eines Leuchtturmprojekts wie diesem von grösster Bedeutung.»

Claudine Esseiva, Stellvertretende Generalsekretärin der Hauptstadtregion Schweiz

Freiburger Projekte

Der Cluster Food & Nutrition der HRS stellte sich auf dem Forum in Neuenburg vor. Die Kommunikation wurde intensiviert, was den Cluster bei den Mitgliedern sichtbarer macht. Mit HumanIST (künstliche Intelligenz) zeichnet sich ein weiteres interessantes Projekt für die HRS ab.

Zweisprachigkeit

Da der HRS französisch- und deutschsprachige Kantone angehören, ist die Zweisprachigkeit ein wesentlicher Bestandteil ihrer Identität. So waren die Sprachtandems in den Verwaltungen ein Erfolg. 74 Personen aus dem HFR und dem Insepsital nehmen daran teil und 20 aus den Verwaltungen der Kantone Bern und Freiburg.

Bilaterale Arbeitstreffen

Der Freiburger Staatsrat unterhält regelmässige Kontakte mit seinen Kolleginnen und Kollegen aus den übrigen Kantonen, ganz im Besonderen mit den Westschweizer Kantonen. Mit der Covid-19-Pandemie wurde der Austausch zwischen den Kantonsregierungen stark eingeschränkt, und mehrere Treffen mussten abgesagt werden. Dennoch kam im August 2021 ein Treffen zwischen den Regierungen der Kantone Freiburg und Wallis zustande. So reiste der Staatsrat in corpore in den Kanton Wallis. U. a. wurden folgende Themen behandelt: der Schienenverkehr, die Covid-19-Krise, die Innovation oder auch die Bildung. Die Regierungen konnten ihre Erfahrungen teilen sowie sich gegenseitig ihre Standpunkte zu den Themenbereichen erläutern und in einigen Schlüsseldossiers Strategien entwickeln, um ihre Kräfte zu bündeln.



Treffen mit der Regierung des Kantons Wallis (24-25.08.2021).

3 Freiburg auf der internationalen Bühne



Die Freiburger Delegation bei ihrer Reise in die Region Grand Est vom 30. November bis zum 1. Dezember 2021.

Region Grand Est

Zwischen dem Kanton Freiburg und der Region Grand Est, früher Elsass, besteht seit 2008 eine Zusammenarbeit. Diese Zusammenarbeit begann zunächst im Bereich Kultur und wurde 2014 durch eine Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Innovation, Tourismus und Bildung ausgeweitet. Im Jahr 2019 wurden Gespräche zur Erneuerung der entsprechenden Kooperationsvereinbarungen aufgenommen, die dann durch die Covid-19-Pandemie etwas ins Stocken gerieten. Schliesslich reiste im Dezember eine Delegation rund um Staatsrat Olivier Curty, die sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Wirtschaft, der Hochschulen und der

Verwaltung zusammensetzte, nach Mülhausen zur Messe für Zukunftsindustrien. Dies bot die Gelegenheit, Vertreter der Region Grand Est zu treffen und eine Absichtserklärung zur Zusammenarbeit auf den Gebieten der wirtschaftlichen Entwicklung (KI, Zukunftsindustrie 4.0, Digitales, Bioökonomie und Biokraftstoffe, Energiewende und Wasserstoff, Lebensmittelindustrie), der Innovation, von F&E und des Technologietransfers zu unterzeichnen.

VRE

Die 1985 gegründete Vereinigung der Regionen Europas (VRE) ist ein Netzwerk von lokalen und

regionalen Politikern. Die Ziele der Vereinigung bestehen darin, die Zusammenarbeit zu fördern und Dienstleistungen für die Regionen bereitzustellen. Die Vereinigung hat die Aufgaben, die Regionalpolitik und den Erfahrungsaustausch zwischen ihren Mitgliedern zu entwickeln.

Maurice Ropraz, Staatsrat, Sicherheits- und Justizdirektor (SJD), vertrat den Kanton Freiburg im Rat des VRE. Der Sektor Aussenbeziehungen nahm an der virtuellen Sitzung des Büros und an der Generalversammlung teil. Der endgültige Text, der sich mit Nachhaltigkeit befasst, wurde angenommen. Er wurde von der «Sustainability Task Force» vorbereitet. Staatsrat Jean-François Steiert, Vorsteher der Raumplanungs-, Umwelt und Baudirektion (RUBD), ist ebenfalls Mitglied dieser Task Force. Es wurden zwei neue Task Forces geschaffen, eine für den Arbeitsmarkt und eine für den Tourismus.

4 Direktionen: Interkantonale Zusammenarbeit



© Etat de Fribourg - Staat Freiburg - Olivier Savoy / Cine3d
Der Gesamtstaatsrat, offizielles Foto 2021, unter der Präsidentschaft von Jean-François Steiert.

EKSD

Interkantonale Zusammenarbeit

Die EKSD nimmt an den interkantonalen Konferenzen in den Bereichen Bildung, Kultur und Sport teil. Kooperationsbereiche, die nur eine Unterrichtsstufe oder ein Amt betreffen (insbesondere Interkantonales Gymnasium der Region Broye, interkantonale Universitätsvereinbarung, Schweizerische Hochschulkonferenz, Universitätskonferenz der Westschweiz CUSO), werden in den Abschnitten der betreffenden Ämter behandelt. Ausführlicher erläutert werden die drei nachfolgenden Konferenzen, da diese eine bereichsübergreifende Zusammenarbeit betreffen.

Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)

Im Jahr 2021 führte die EDK drei ordentlichen Plenarversammlungen durch. Darüber hinaus führte sie einen regen Austausch und erarbeitete auf dem Zirkularweg gemeinsame Positionen zu Covid-19-bezogenen Themen. Ihr Tätigkeitsbericht kann auf der Website der Konferenz unter folgender Adresse eingesehen werden: www.edk.ch.

Der Direktor der EKSD ist Mitglied der Plenarversammlung und sitzt seit dem 1. Januar 2016 auch im Vorstand der EDK, der im Jahr 2021 zahlreiche Präsenz- oder Videositzungen abhielt sowie Zirkularbeschlüsse zu Themen im Zusammenhang mit Covid-19 fasste. Der Generalsekretär der EKSD

bereitet die Dossiers des Direktors der EKSD für die verschiedenen Sitzungen vor. Ausserdem ist er selber Vizepräsident der Konferenz der Departementssekretäre und präsidiert die Kommission der Departementssekretäre. Er vertritt zusammen mit seinem St. Galler Kollegen die Kantone im «Koordinationsausschuss Digitalisierung in der Bildung».

Interkantonale Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)

Im Berichtsjahr führte die CIIP neun (ordentliche und ausserordentliche) Präsenz- oder Videositzungen durch, dies zu Themen im Zusammenhang mit Covid-19. Ihr Tätigkeitsbericht kann auf der Website der Konferenz unter folgender Adresse eingesehen werden: www.ciip.ch

Der Direktor der EKSD führt seit dem 1. Januar 2020 den Vorsitz in der Plenarversammlung der CIIP. Der Generalsekretär der EKSD leitet die Konferenz der Generalsekretärinnen und Generalsekretäre und die beratende Kommission der Partnerverbände und bereitet die Dossiers des Direktors der EKSD für die verschiedenen Sitzungen

Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NW EDK) und Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK)

Die NW EDK befasste sich 2021 mit regionalspezifischen Themen, insbesondere mit dem Regionalen Schulabkommen (RSA), aber auch mit zahlreichen Themen in Zusammenhang mit Covid-19.

Der Direktor der EKSD ist Mitglied der Plenarversammlung der NW EDK. Der Vorsteher des Amtes für deutschsprachigen obligatorischen Unterricht (DOA) hat Einsitz in der Sekretärenkommission der NW EDK.

Austausch von Schüler/innen und Klassen (SAKA)

Im Schuljahr 2020/21 wurden 173 Schülerinnen und Schüler für das 12. partnersprachige Schuljahr vermittelt (in der Schweiz). Rund 20 Schülerinnen und Schüler haben dieses Angebot im Laufe des Jahres abgebrochen. Das Verhältnis von Deutschsprachigen (46) und Französischsprachigen

(127) blieb weiterhin stabil. Im Schuljahr 2020/21 haben sich 46 französischsprachige und 30 deutschsprachige Freiburger Klassen der 10H auf der kantonalen Plattform für Klassenpartnerschaften angemeldet.

Die Koordinationsstelle verzeichnete für das Schuljahr 2020/21 für den Kanton Freiburg gesamthaft 3764 Schülerinnen und Schüler aller Schulstufen, die an den bei ihr gemeldete Austauschformen (Austausch von Schüler/innen und Klassen) teilgenommen haben.

SJD

Interkantonale Zusammenarbeit Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)

Die Konferenz hielt ihre zwei jährlichen Sitzungen am 15. April 2021 per Videokonferenz und am 18./19. November 2021 in Mendrisio ab. Es wurden namentlich folgende Themen behandelt:

- > Projekt Justitia 4.0 und Harmonisierung der Informatik in der Strafrechtspflege (HIS);
- > Polizeitechnik und -informatik in der Schweiz (PTI) und Harmonisierung der Polizeiiinformatik (HPI);
- > Straf- und Massnahmenvollzug;
- > Nationale Strategie zum Schutz vor Cyberrisiken;
- > Nationaler Austausch von Polizeidaten;
- > Hooliganismus.

Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz, Feuerwehr (RK MZF)

Die Konferenz hielt am 21. Mai 2021 in Bern ihre Plenarversammlung ab. Es wurden namentlich folgende Themen behandelt:

- > Herausforderungen der Schweizer Sicherheitspolitik, mit Bundesrätin Viola Amherd, Chefin des VBS;
- > Strategie Schweizer Armee 2030;
- > Frauen in der Armee;
- > Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz;
- > Koordination des ABC-Schutzes (atomar-biologisch-chemisch) in der Schweiz.

Lateinische Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (CLDJP)

Die Konferenz hielt ihre zwei Jahresversammlungen am 25. März 2021 per Videokonferenz und am 11. November 2021 in Neuenburg ab. Sie behandelte insbesondere folgende Themen:

- > Concept intercantonal de coordination opérationnelle et préventive (Interkantonales Konzept für Einsatz- und Präventionskoordination; CICOP);
- > Regelung des interkantonalen Datenaustausches im Bereich Serienkriminalität;
- > Westschweizer Polizeiausbildung;
- > Konkordat der lateinischen Schweiz über den Vollzug der strafrechtlichen Einschliessung Jugendlicher;
- > Konkordat der lateinischen Schweiz über den strafrechtlichen Freiheitsentzug an Erwachsenen;
- > Schweizerisches Kompetenzzentrum für den Justizvollzug (SKJV).

ILFD

Interkantonale Zusammenarbeit Konferenz Kantonaler Landwirtschaftsdirektoren (LDK)

Die Jahresversammlung fand im September im Kanton Freiburg in Grangeneuve und Charmey statt. Die ILFD hatte dabei die Gelegenheit, den Landwirtschaftsdirektoren den neuen Schulbauernhof in Grangeneuve und die Entwicklung des Campus Grangeneuve Posieux zu präsentieren. Die thematischen Schwerpunkte der LDK waren die Raumplanungsrevision RPG2, die parlamentarische Initiative «Das Risiko beim Einsatz von Pflanzenschutz reduzieren» sowie die zukünftige Ausrichtung der Agrarpolitik

Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (KWL)

Die Umsetzung der Motion Fässler, welche dazu führte, dass die Kantone insgesamt 25 Millionen zusätzliche Mittel für den Wald zur Verfügung hatten, war ein Schwerpunktthema. Der Kanton Freiburg kann beispielsweise für das Jahr 2022 von rund 700'000 Franken zusätzlichen Bundesgeldern profitieren, welche er im gleichen Umfang erhöht. Die KWL brachte sich Ende Jahr auch aktiv in die

Wolfsregulierungsdiskussion ein mit einem Faktenblatt, welches unter anderem eine proaktive Regulierung fordert, allerdings mit Rahmenbedingungen, die konsensfähig sind.

VWD

Interkantonale Zusammenarbeit Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)

Im Jahr 2021 trafen sich die VDK zu zwei Plenarsitzungen, der Vorstand zu zwei Sitzungen und die Arbeitsgruppe zu einer Sitzung.

Diese Instanzen behandelten insbesondere:

- > die kantonalen Massnahmen zur Umsetzung der Härtefallhilfe;
- > die Förderung des Wirtschaftsstandorts Schweiz;
- > die Wohnungspolitik;
- > das Massnahmenpaket zugunsten der Medien;
- > die Hauptachsen der Tourismuspolitik des Bundes.

Konferenz kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren der Westschweiz (VDK-Westschweiz)

Die VDK-Westschweiz traf sich 2021 zu zwei Plenarsitzungen und der Vorstand zu drei Sitzungen. Die beiden Instanzen behandelten insbesondere:

- > die Finanzierung der Massnahmen für Härtefälle;
- > das Abkommen über die gegenseitige Anerkennung (MRA) Schweiz – EU;
- > die Lex Koller.

Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK)

Im Jahr 2021 traf sich die EnDK zu zwei Plenarsitzungen und der Vorstand zu sieben Sitzungen.

Diese Instanzen behandelten insbesondere:

- > die Totalrevision des CO2-Gesetzes;
- > die Revision des Energiegesetzes;
- > die Energieperspektiven 2050+.

Regierungsausschuss der HES-SO

Im Jahr 2021 traf sich der Regierungsausschuss der HES-SO zu vier Arbeitssitzungen.

An diesen Sitzungen behandelte er insbesondere die folgenden Punkte:

- > die Zielvereinbarung 2021-2024;

- > den Jahresabschluss 2020;
- > die Ausnahme vom Auswahlverfahren von Bewerberinnen und Bewerbern für bestimmte Programme;
- > die Frage, ob ein Ausführungsreglement zur interkantonalen Vereinbarung ausgearbeitet werden soll;
- > das definitive Budget für 2022.

Neue Regionalpolitik

Nach dem Start des kantonalen Umsetzungsprogramms (KUP) 2020-2023 im Jahr 2020 wurden im Berichtsjahr 14 Projekte genehmigt. Diesen Projekten wurden Beiträge der Neuen Regionalpolitik (NRP) in der Höhe von insgesamt 1 353 920 Franken zugesichert. Die 14 NRP-Projekte verteilen sich auf die folgenden Gebiete: Tourismus (5), Gemeinschaftsprojekte (5), neue Themen (2), Programm Bergregionen (1) und strategische Handlungssachse (1).

Die Arbeiten am künftigen NRP-Programm 2024-2031 des Bundes haben begonnen. Das SECO hat beschlossen, die Kantone im Rahmen eines Mitwirkungsprozesses darin einzubinden. Die kantonalen Instanzen, die mit der Ausführung der NRP beauftragt sind, haben so die Möglichkeit, sich an den Überlegungen zur künftigen Regionalpolitik zu beteiligen. Die Themen Präsenzwirtschaft, nachhaltige Entwicklung und Digitalisierung werden in Zukunft einen immer wichtigeren Platz einnehmen. Deshalb müssen sie auch Eingang in die künftigen Umsetzungsprogramme der Regionalpolitik finden.

GSD

Interkantonale Zusammenarbeit Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)

Die Direktorin für Gesundheit und Soziales war bis zum 25. November 2021 Mitglied des Vorstands der GDK. In diesem Jahr hat die GDK erneut viel zur Koordination im Rahmen der Coronakrise beigetragen. Ausgehend von verschiedenen Szenarien befasste sie sich mit der Planung der Gesundheitskrise. Sie war auch an verschiedenen Verhandlungen und Entscheidungen im Rahmen der nationalen Covid-19-Impfstrategie beteiligt, insbesondere in Bezug auf die Vergütung der Impfung

durch die obligatorische Krankenpflegeversicherung (OKP).

Zusätzlich zu ihrer Rolle im Rahmen der Bewältigung der Coronakrise hat sich die GDK mit verschiedenen Themen befasst, darunter: Zulassung der Leistungserbringer, Vereinbarung zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung, einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen (EFAS), Kategorisierung in Universitätsspitäler, elektronisches Patientendossier, Förderung von Qualität und Wirtschaftlichkeit sowie Spitalplanungskriterien und Grundsätze der Tarifgestaltung.

Die GDK hat im September 2021 den Nationalen Versorgungsbericht 2021 für das nicht universitäre Gesundheitspersonal von Obsan, GDK und *OdASanté* präsentiert.

Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren (SODK)

Bei der SODK war das Jahr 2021 namentlich geprägt von der Coronakrise und ihren besonderen Herausforderungen.

Die SODK hat Empfehlungen zur Finanzierung der Frauenhäuser verabschiedet. Auf Einladung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements haben Vertreterinnen und Vertreter der SODK am 30. April 2021 in Bern am Strategischen Dialog «Häusliche Gewalt» teilgenommen. Zum Abschluss des Anlasses haben Bund und Kantone eine Roadmap unterzeichnet. Diese enthält konkrete Massnahmen, darunter den Einsatz technischer Mittel oder eine zentrale Telefonnummer für Opfer häuslicher Gewalt. Die SODK hat auch darauf hingearbeitet, häusliche Gewalt zu verhindern und zu begrenzen, deren Risiko aufgrund der Corona-Massnahmen und der erschwerten Hilfeleistung vor diesem Hintergrund gesteigert war. Sie hat im Dezember 2021 namentlich eine Social-Media-Kampagne zu Hilfsangeboten bei häuslicher Gewalt gestartet. Angesichts der Gesundheitskrise die Verantwortlichen für Kinder- und Jugendpolitik in den Kantonen besorgt um das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen und forderten mehr unterstützende Angebote für Kinder und Jugendliche.

Die SODK und die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (KOKES) haben im Januar 2021 Empfehlungen für mehr Mitsprache der Pflegekinder erlassen.

Conférence latine des affaires sanitaires et sociales (CLASS)

Die CLASS intensiviert ihren Austausch und hält nun wöchentliche Sitzungen ab. Damit können sich die lateinischen Kantone bei der Bekämpfung des Coronavirus besser koordinieren.

FIND

Interkantonale Zusammenarbeit Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren

Der Finanzdirektor ist seit 2017 im Vorstand der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren (FDK), die im Berichtsjahr fünf Präsenzsitzungen und zwei Videokonferenzen abgehalten hat. Aufgrund der Pandemiesituation wurde die jährliche Generalversammlung gestaffelt an zwei Tagen, und zwar am 21. Mai in Zürich und am 24. September in Bern abgehalten. Die FDK ist ein Zusammenschluss aller kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren. Zu ihren Plenarversammlungen sind in der Regel der Vorsteher des eidgenössischen Finanzdepartements EFD, Vertreterinnen und Vertreter der Eidgenössischen Finanzverwaltung und der Eidgenössischen Steuerverwaltung sowie Vorsteherinnen und Vorsteher der kantonalen Finanz- und Steuerverwaltungen eingeladen. Haupttraktanden waren:

- > Corona-Massnahmen und ihre Auswirkungen auf die Finanzpolitik;
- > Finanzausgleich zwischen Bund und Kantonen;
- > Gewinnausschüttung der SNB;
- > Besteuerung digitale Wirtschaft;
- > Individualbesteuerung von Ehepaaren;
- > STAF;
- > OECD-Steuerreform;
- > Bundesgesetz über die Tonnagesteuer auf Seeschiffen;
- > Bundesgesetz über die Erhöhung der steuerlichen Abzüge von Prämien der obligatorischen

Krankenpflegeversicherung und der Unfallversicherung;

- > Revision des Bankengesetzes: Sanierung von Kantonalbanken;
- > Prüfung der Berichte und der Jahresrechnung der FDK und ihrer Organe.

Westschweizer Konferenz für Geldspiele (CRJA)

Nach Artikel 6 der Westschweizer Vereinbarung über Geldspiele (CORJA) ist die Westschweizer Fachdirektorenkonferenz Geldspiele (CRJA) das oberste Organ der Vereinbarung. Sie setzt sich aus je einer Regierungsvertreterin oder einem Regierungsvertreter der Unterzeichnerkantone zusammen.

Der Finanzdirektor präsidiert die CRJA, die 2021 dreimal tagte, und zwar am 11. Januar und am 15. Mai per Videokonferenz und am 15. November im Präsenzmodus in Bern. Haupttraktanden waren:

- > Konstituierung der CRJA;
- > Standortbestimmung Geschäftsgang der Loterie Romande angesichts der Coronakrise;
- > Stand der Umsetzung des Geldspielgesetzes (EBGBS) und Abschluss des Verfahrens zur Annahme der interkantonalen Vereinbarungen zur Umsetzung des EBGBS und der kantonalen Ausführungsgesetze;
- > Gewinnverteilung der Loterie Romande 2021 für den nationalen Sport und die Förderung des Pferdesports;
- > Gründung der Stiftung Sportförderung Schweiz;

Präventionspolitik hinsichtlich exzessivem Geldspiel und Bekämpfung des Spiels von Minderjährigen

Fachdirektorenkonferenz Geldspiele (FDKG)

Nach Artikel 4 des Gesamtschweizerischen Geldspielkonkordats (GSK) entsendet jeder Kanton ein Mitglied in die Fachdirektorenkonferenz Geldspiele (FDKG). Der Finanzdirektor vertritt den Kanton Freiburg.

2021 hat die FDKG am 11. Januar per Videokonferenz und am 31. Mai und am 15. November in Bern im Präsenzmodus getagt. Sie beschloss unter anderem die Einsetzung einer interdisziplinären Arbeitsgruppe zur Durchführung einer Studie über die Entwicklung des Geldspielmarktes und über die Auswirkungen der

Massnahmen zur Spielsuchtbekämpfung und zum Schutz Minderjähriger.

Conférence latine des directeurs cantonaux du numérique (CLDN)

Die Conférence latine des directeurs cantonaux du numérique, in der Vertreterinnen und Vertreter der sechs Westschweizer Kantone und des Kantons Tessin zusammengeschlossen sind, wurde 2019 gegründet. Sie hat den Auftrag, eine gemeinsame politische Vision für die Integration digitaler Technologien zu entwickeln, indem Ideen gebündelt und Lösungen unter den Kantonen ausgetauscht werden. Weiter soll sie Aktionen koordinieren und die Kantone gegenüber den kantonalen und eidgenössischen Behörden vertreten.

Im Berichtsjahr fand am 22. November eine Sitzung in Lausanne statt, an der der Genfer Staatsrat Serge Dal Busco und die Neuenburger Staatsrätin Crystal Graf für die nächsten zwei Jahre zum Vorsitzenden und zur stellvertretenden Vorsitzenden der CLDN ernannt wurden. Die lateinischen Kantone haben ihren Willen bekundet, in diesen Themenbereichen enger zusammenzuarbeiten und sich vermehrt politisch auszutauschen.

Finanzausgleich

2021 befasste sich die Finanzverwaltung im Rahmen des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen mit folgenden Aufgaben:

- > Kontrolle der Daten und Analyse der finanziellen Auswirkungen des Ausgleichssystems (in Zusammenarbeit mit der Kantonalen Steuerverwaltung): Prüfung der von der BAK Basel Economics erstellten Mehrjahresprognosen; Überprüfung der vom Bund unterbreiteten Zahlen 2022, Schätzung der Auswirkungen auf die Ressourcenausgleichszahlungen der Gewinne gewisser Gesellschaften, denen Steuererleichterungen gewährt wurden oder die um solche ersuchen;
- > Vorstösse auf eidgenössischer und interkantonaler Ebene zum Finanzausgleichssystem: Vorbereiten der Antwort des Staatsrats auf die Anhörung zu den

Finanzausgleichszahlen 2022; diverse Kontakte mit anderen ressourcenschwachen Kantonen und Unterstützung des Finanzdirektors bei der Vorbereitung der Sitzungen des politischen Steuerungsorgans;

- > Überprüfung der Aufgabenteilung: Antworten auf verschiedene Fragebogen der KdK und des EFD, Unterstützung des Finanzdirektors bei der Vorbereitung der Sitzungen des politischen Steuerungsorgans; Informationsübermittlung innerhalb der Kantonsverwaltung;
- > Koordinationsarbeiten in Zusammenhang mit den Programmvereinbarungen im Umweltbereich: Zusammenstellung der Jahresberichte 2020 und Übermittlung ans Bundesamt für Umwelt, Prüfung der Ergänzungsanträge für die Rahmenprogramme 2020-2024; Beantwortung von Umfragen der EFV und des BAFU, verschiedentlicher Austausch mit den betroffenen kantonalen Direktionen und Verwaltungseinheiten;
- > Pflege administrativer Kontakte mit der FDK, der Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz, dem EFD sowie den Finanzverwaltungen anderer Kantone und Antworten auf verschiedene Fragen zur NFA und zu ihrer Umsetzung.

RUBD

Interkantonale Zusammenarbeit

Der Direktor oder eine Stellvertretung nimmt an den folgenden Konferenzen und Vereinigungen teil:

Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)

An ihrer Jahresversammlung befasste sich die Konferenz unter anderem mit den Auswirkungen der Pandemie auf den öffentlichen Verkehr, dem Verpflichtungskredit zur Abgeltung der Leistungen im RPV für die Jahre 2022 bis 2025 und der Frage der Elektrifizierung von Bussen im öffentlichen Verkehr.

Schweizerische Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)

An ihren beiden Generalversammlungen befasste sich die Konferenz unter anderem mit der Mobiltelefonie (nichtionisierende Strahlung, 5G), der Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG II) und dem Konzept

der Bodenkartierung, die der Bund in die Vernehmlassung gegeben hat.

Westschweizer Baudirektorenkonferenz

Die im Kanton Waadt geplante Jahresversammlung der CRTP wurde wegen der Pandemie abgesagt

Westschweizer Konferenz für das öffentliche Beschaffungswesen (CROMP)

Die Konferenz trat fünfmal zusammen und befasste sich hauptsächlich mit der Überarbeitung des Westschweizer Leitfadens für die Vergabe öffentlicher Aufträge, dem Beitritt der Westschweizer Kantone zur IVöB 2019 und der Revision ihrer Gesetzgebung.

Fachkonferenz öffentliches Beschaffungswesen (FöB)

Die Konferenz kam drei Mal zusammen, wobei das Hauptthema der Beitritt der Schweizer Kantone zur IVöB 2019 war.

Staatskanzlei

Interkantonale Zusammenarbeit Schweizerische Staatsschreiberkonferenz (SSK)

Als Generalsekretärin der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz (SSK) nahm die Staatskanzlerin an den vier Sitzungen des Vorstands der SSK teil, entweder per Videokonferenz (Januar, Juni und November) oder als Präsenzsitzung in Heiden (AR) im August 2021. Aufgrund der Gesundheitssituation musste die Frühjahrskonferenz der SSK per Videokonferenz abgehalten werden. Das Hauptthema war die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen während der Krise. Das Thema Covid-19, insbesondere die Evaluation zwischen Bund, KdK und Kantonen und ihre ersten Ergebnisse, wurde an der Herbstkonferenz der SSK aufgegriffen, die Anfang September an den üblichen zwei Tagen als Präsenzveranstaltung in Glarus stattfand. Die Staatskanzlerin war ebenso anwesend wie an den beiden lateinischen Staatsschreiberkonferenzen, die im Vorfeld per Videokonferenz oder in Lausanne abgehalten wurden.

Im Rahmen der Arbeitsgruppe E-Voting (EV) der SSK (für Kantone, die am E-Voting interessiert und in diesem Bereich aktiv sind) nahm die Staatskanzlerin an den Sitzungen der Arbeitsgruppe EV SSK und des

von der Bundeskanzlei geleiteten Steuerungsausschusses EV teil. Diese Sitzungen fanden im März, Juni, August und November per Videokonferenz statt. Ein Vernehmlassungsverfahren zu den Entwürfen zur Änderung der Verordnung über die politischen Rechte (VPR) und der Verordnung der BK über die elektronische Stimmabgabe (VEleS) (Umstrukturierung der Testphase) wurde Ende April eingeleitet und Ende August abgeschlossen.

Die Staatskanzlerin vertritt die SSK im Vorstand der Schweizerischen Informatikkonferenz (SIK). Im Laufe des Jahres 2021 beschäftigte sich der Vorstand mit der Integration der SIK in die neue Digitale Verwaltung Schweiz (DVS). Die Staatskanzlerin nahm an den Vorstandssitzungen und den Delegiertenversammlungen im Juni und im November teil.

Imageförderung des Kantons Freiburg

Der Verein Fribourgissima Image Freiburg, der am 5. Dezember 2013 auf Anregung des Staatsrats gegründet wurde, verfolgt zwei Hauptziele:

- > Er will finanzielle Mittel sammeln, um eine Kampagne zur Steigerung des Bekanntheitsgrades des Kantons Freiburg durchzuführen;
- > Er will «die Akteure» des Images des Kantons Freiburg zusammenbringen, um die Wirkung der von den einzelnen Akteuren in ihrem jeweiligen Tätigkeitsbereich umgesetzten Aktionen zu verstärken.

Der Anspruch des Vereins mit dem Slogan « **Freiburg macht glücklich** » und einem starken und unverkennbaren Logo ist es, Lust darauf zu machen, unseren Kanton kennenzulernen: hier zu studieren; hier zu leben; hier seine Ferien zu verbringen; hier sein Unternehmen anzusiedeln. Freiburg darf nicht mehr gleichgültig lassen.

Der Verein besteht aus 14 Partnerinnen und Partnern und ist eine öffentlich-private Partnerschaft, bei welcher der Staat die Hälfte der Finanzierung sicherstellt. Der organisatorische und logistische Betrieb von FIF wird von seinem Sekretariat sichergestellt, das von Sophie Desbiolles, Projektleiterin, betreut wird. Es kümmert sich um die Organisation von Arbeitssitzungen, die Koordination

der Arbeit, die Umsetzung von Entscheidungen, die Verwaltung der sozialen Netzwerke sowie die Buchhaltung und die Haushaltsführung. Der Exekutivausschuss, der von der Staatskanzlerin, Danielle Gagnaux-Morel, präsidiert wird, konkretisiert das Jahresprogramm, das von der Generalversammlung festgelegt wird, und setzt es um.

Die Mitglieder des Exekutivausschusses, die im Jahr 2021 an fünf Sitzungen hauptsächlich virtuell zusammenkamen, leisteten durch ihre aktive Präsenz, ihre Ideen und konstruktiven Überlegungen wertvolle Arbeit, um das Image des Kantons ausserhalb der Kantongrenzen zu fördern.

Im Jahr 2021 hat der Verein «Fribourgissima Image Freiburg» eine neue Kampagne gestartet, um die Wirtschaft des Kantons Freiburg aufzuwerten. Diese vorwiegend digitale Kommunikationsmassnahme lenkt die Aufmerksamkeit auf ihre wichtigsten Trümpfe: Unternehmen, die durch ihre Innovationskraft und die neuen industriellen Technologien, die sie einsetzen, das wirtschaftliche Profil der Region erneuern. Sie sind die Drachen der Freiburger Wirtschaft.

Trotz der besonderen gesundheitlichen Situation nahm Fribourgissima Image Freiburg an einigen schönen Projekten teil, deren Ziel es war, Freiburg in der restlichen Schweiz bekannt zu machen, wie zum Beispiel die Teilnahme an Explora, dem Tag der offenen Tür der Universität Freiburg. Ausserdem wurden über soziale Netzwerke und die Website www.fribourg.ch/de/home Informationen über Veranstaltungen, Events und Ausstellungen im ganzen Kanton verbreitet.

Schliesslich setzte der Verein mehr denn je seine Rolle als Vermittler zwischen seinen verschiedenen Partnern fort. Es ist insbesondere seinem Impuls zu verdanken, dass sich der Freiburger Hotelierverein und der Freiburger Tourismusverband zum ersten Mal gemeinsam hinter einer Kampagne zur Wiederbelebung des Tourismus «Zusammen - natürlich ECHT!» stellten. Diese Aktion war ein Erfolg, und der Verein Fribourgissima Image Freiburg freut sich, dass er die Synergien zwischen verschiedenen Akteuren des Kantonsimages verstärken konnte.

Anhänge

Anhang I: Vernehmlassungen des Bundes

Titel	Konsultierendes Organ
Strafrahmenharmonisierung und Anpassung des Nebenstrafrechts an das neue Sanktionenrecht. Vorlage 3: Bundesgesetz über eine Revision des Sexualstrafrechts	RK-S
OR (Mietrecht): Umsetzung von vier parlamentarischen Initiativen zum Mietrecht	RK-N
Integrationsagenda Schweiz: Neues Finanzierungssystem Asyl Konsultation der Kantonsregierungen	KdK
Verhandlungsmandat zur Schweizer Beteiligung am Bildungsprogramm der Europäischen Union in den Jahren 2021-2027 (Erasmus 2021–2027)	KdK
Positionsbezug zur Volksabstimmung zum CO2-Gesetz: Konsultation der Kantone	KdK
Vernehmlassung "Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBaG)": Konsultation zum Entwurf der gemeinsamen Stellungnahme der Kantone	KdK
Institutionelles Abkommen Schweiz-EU	KdK
Verhandlungsmandat für die Aushandlung eines Freihandelsabkommens zwischen den Staaten der Europäischen Freihandelsassoziation (EFTA) und Kosovo	KdK
Digitale Verwaltung Schweiz DVS: Konsultation zu den Grundlagen für die Umsetzung	KdK
Zwölfte ordentliche WTO-Ministerkonferenz vom 30. November bis 3. Dezember 2021 unter dem Vorsitz von Kasachstan in Genf: Verhandlungsmandat	KdK
Regelungsunterschiede Schweiz-EU: Analyse eines möglichen autonomen Abbaus im Bereich der staatlichen Beihilfen	KdK
Interkantonale Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern	CDIP
Teilrevision Raumplanungsgesetz (2. Etappe mit Gegenvorschlag zur Landschaftsinitiative)	UREK-S
17.448 n Pa.lv. Feller. Sport- und Kulturvereine. Anheben der Umsatzgrenze für die Befreiung von der Mehrwertsteuerpflicht	WER-N
Änderung der Verordnung über die politischen Rechte (VPR) und der Verordnung der BK über die elektronische Stimmabgabe (VEleS)	BK
Änderung des Covid-19-Gesetzes: Verlängerung einzelner Bestimmungen (Gesundheit, Kultur und Sport)	BK
Änderung des Militärgesetzes und der Armeeorganisation	VBS
Übertragung einzelner Aufgaben/Zuständigkeiten der Militärjustiz an die zivilen Justizbehörden; Änderung des Militärstrafgesetzes	VBS
Sicherheitspolitischer Bericht	VBS
Änderung des Geoinformationsgesetzes	VBS
Änderung des Bundesgesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) - Verwendung von Preisbindungsklauseln gegenüber Beherbergungsbetrieben – Umsetzung der Motion Bischof [16.3902] vom 30.09.2016	WBF
Weiterentwicklung der Anhänge 7 und 8 des Agrarabkommens CH-EU	WBF
Änderung der Verordnung über Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19)	WBF
Verordnung über die Einfuhr von nachhaltig produziertem Palmöl aus Indonesien zum Präferenz-Zollansatz	WBF
Totalrevision des Bundesgesetzes über Beiträge für die kantonale französischsprachige Schule in Bern	WBF
Befristetes Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Mobilität von Dienstleistungserbringern	WBF

Titel	Konsultierendes Organ
Ethanolpflichtlagerverordnung	WBF
Landwirtschaftliches Verordnungspaket 2021	WBF
Massnahmen für Publikumsanlässe von überkantonaler Bedeutung im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie	WBF
Änderung der Covid-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung	WBF
Bundesgesetz über die Entlastung der Unternehmen von Regulierungskosten (Unternehmensentlastungsgesetz)	WBF
Änderung der Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz (ArGV 1; SR 822.111) und der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz (ArGV 2; SR 822.112)	WBF
Einführung einer Regulierungsbremse (Änderung von Art. 159 Abs. 3 der Bundesverfassung und Änderung des Parlamentsgesetzes)	WBF
Verordnungspaket Parlamentarische Initiative 19.475 "Das Risiko beim Einsatz von Pestiziden reduzieren"	WBF
Verhandlungen mit der Republik Moldova betreffend die gegenseitige Anerkennung von geografischen Angaben: Öffentliche Publikation der moldavischen Bezeichnungen	WBF
Änderung der Verordnung 2 zum Arbeitsgesetz (ArGV 2)	WBF
Änderung der Verordnung über Massnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit dem Coronavirus (Covid-19) / (Covid-19-Verordnung Arbeitslosenversicherung)	WBF
Totalrevision der Verordnung über die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Bildung, der Berufsbildung, der Jugend und der Mobilitätsförderung (VIZBM)	WBF
Übertragung von öffentlichen Aufgaben des Fachbereichs Energie der wirtschaftlichen Landesversorgung	WBF
Konzept schweizweite Bodenkartierung	WBF
Totalrevision der Beitragsverordnung Innosuisse	WBF
Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des regionalen Personenverkehrs (RPV) für die Jahre 2022–2025	UVEK
Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030	UVEK
Änderung des Gentechnikgesetzes (Verlängerung des Moratoriums zum Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen)	UVEK
Revision der Jagdverordnung	UVEK
Bundesgesetz über Pilotprojekte zu Mobility Pricing	UVEK
Verordnungspaket Umwelt Frühling 2022	UVEK
Änderung der Verkehrszulassungs- und der Strassenverkehrskontrollverordnung	UVEK
Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes (NHG) als indirekter Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Für die Zukunft unserer Natur und Landschaft (Biodiversitätsinitiative)»	UVEK
Teilrevision des Wasserbaugesetzes	UVEK
Totalrevision der Verordnung über die Verminderung von Treibhausgasemissionen (CO2-Verordnung)	UVEK
Verordnungsänderungen im Bereich des Bundesamts für Energie (BFE) mit Inkrafttreten am 1. Januar 2022	UVEK
Saatgutpflichtlagerverordnung	UVEK
Zweiten Massnahmenpaket zur Unterstützung des öffentlichen Verkehrs in der Covid-19-Krise	UVEK
Teilrevision der Radio- und Fernsehverordnung	UVEK
Anpassungen und Ergänzungen 2021 des Sachplans Verkehr, Teil Infrastruktur Schiene (SIS)	UVEK
Teilrevision des Bundesgesetzes über den Umweltschutz (Umweltschutzgesetz)	UVEK
Teilrevision des Gaststaatgesetzes	EDA

Titel	Konsultierendes Organ
Verordnung über die Ausführungsbestimmungen betreffend das Bundesgesetz zur Anpassung des Bundesrechts an Entwicklungen der Technik verteilter elektronischer Register	EFD
Verpflichtungskredit «Finanzierung einer sicheren Stromversorgung von Sendeanlagen des Bundes»	EFD
Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben (EMBaG)	EFD
Prüfauftrag der FDK vom 26.9. 2020 für eine allfällige Anpassung der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaV)	EFD
Verordnung über Zertifikate zum Nachweis einer Covid-19-Impfung, einer Covid-19-Genesung oder eines Covid-19- Testergebnisses (Co-vid-19-Verordnung Zertifikate)	EFD
Bundesgesetz über die Tonnagesteuer auf Seeschiffen	EFD
Änderung der Covid-19-Härtefallverordnung	EFD
Anpassung Covid-19-Verordnung Zertifikate	EFD
Verlängerung branchenübergreifende Wirtschaftshilfen - Zusatzumfrage bei den Kantonen	EFD
Bundesgesetz über die Erhöhung der steuerlichen Abzüge von Prämien der obligatorischen Krankenpflegeversicherung und der Unfallversicherung	EFD
Übergangsbestimmung zum Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben	EFD
Änderung des Schwerverkehrsabgabegesetzes und der Schwerverkehrsabgabeverordnung	EFD
Änderung des Finanzhaushaltgesetzes (Abbau der Corona-bedingten Verschuldung)	EFD
Änderung der Liquiditätsverordnung	EFD
Ausführungsverordnungen zur Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2019/1896 über die Europäische Grenz- und Küstenwache	EFD
Überführung der Massnahme zum Schutz der Schweizer Börseninfrastruktur in das FinfraG	EFD
Verordnung des BAZG über die Bekämpfung von Geldwäscherei und Terrorismusfinanzierung im Bankedelmetallhandel (Geldwäschereiverordnung-BAZG, GwV-BAZG)	EFD
Änderung der Verordnung über die Bekämpfung der Geldwäscherei und der Terrorismusfinanzierung	EFD
Revision der Verordnung des BLV über den Tierschutz beim Schlachten	EDI
Umsetzung KVG-Revision (Zulassung Leistungserbringer) - Änderung der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) und weiterer Verordnungen	EDI
Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Prämienverbilligung) als indirekter Gegenvorschlag zur eidgenössischen Volksinitiative «Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative)»	EDI
Verordnung über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose	EDI
Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Bundesgesetzes über die Invalidenversicherung (Weiterentwicklung der IV)	EDI
Drei-Phasen-Modell	EDI
Technischen Anpassungen in verschiedenen Covid-19 Verordnungen	EDI
Änderung der Covid-19-Verordnung besondere Lage: Zulassung von Grossveranstaltungen in Zusammenhang mit der Umsetzung von Artikel 11a Covid-19-Gesetz (Publikumsanstöße überkantonaler Bedeutung)	EDI
Neuen In vitro Diagnostika Verordnung (IvDV) und den Anpassungen der Verordnung über klinische Versuche für Medizinprodukte	EDI
Revision der Verordnung des EDI über die Prämienregionen – Eröffnung der Vorkonsultation bei den betroffenen Kantonen Luzern, St. Gallen und Freiburg	EDI
Öffnungsschritt IV	EDI

Titel	Konsultierendes Organ
Änderung der Chemikalienverordnung (ChemV)	EDI
Revision der Krebsregistrierungsverordnung (SR 881.331)	EDI
Verordnung über ein Warnsystem zu Covid-19 für Veranstaltungen (VWV)	EDI
Öffnungsschritt V	EDI
Anpassungen der Einreisebestimmungen und der grenzsanitären Massnahmen	EDI
Änderung der Tierarzneimittelverordnung und der Verordnung über das Informationssystem Antibiotika in der Veterinärmedizin	EDI
Verordnung über das Meldeverfahren im Konzern bei der Verrechnungssteuer	EDI
Vorgezogene Verordnungsrevision Tierarzneimittelrecht	EDI
Änderung Covid-19-Verordnung 3 - Anpassung der nationalen Teststrategie	EDI
Teilrevision des Transplantationsgesetzes	EDI
Totalrevision der Verordnung über Informationssysteme für den öffentlichen Veterinärdienst (ISVet-V, neu: Verordnung über die Informationssysteme des BLV für die Lebensmittelkette)	EDI
Änderung der Epidemieverordnung: Covid-19-Impfung für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer sowie Grenzgängerinnen und Grenzgänger	EDI
COVID - Lageentwicklung in den Spitälern und zum weiteren Vorgehen	EDI
Anpassungen der Covid-19-Verordnung Massnahmen im Bereich des internationalen Personenverkehrs	EDI
Covid-Zertifikat für im Ausland geimpfte Personen ohne bis-herigen Zugang zum Schweizer Covid-Zertifikat	EDI
Änderung der Covid-19-Verordnung 3: Anpassungen der Testkostenübernahme	EDI
Änderung der Covid-19-Verordnung Zertifikate: Nationale Anmeldestelle Covid-Zertifikate	EDI
Weiterentwicklung des Covid-Zertifikats	EDI
Verordnung über die Rechnungslegung der öffentlich-rechtlichen Anstalt des Bundes «compenswiss (Ausgleichsfonds AHV/IV/EO)»	EDI
Ausführungsrecht (Änderung BetmKV sowie BetmVV-EDI) betreffend Änderung des Betäubungsmittelgesetzes (Cannabisarzneimittel)	EDI
Änderung von Artikel 117 Absatz 1 der Verordnung über die Unfallversicherung (UVV)	EDI
Änderung der Covid-19-Kulturverordnung	EDI
Anpassung der Covid-19-Verordnung 3	EDI
Coronamassnahmen: Änderung der Covid-19-Verordnung besondere Lage	EDI
Bundesgesetz über die Erfindungspatente (Patentgesetz, PatG)	EJPD
Revision Grundbuchverordnung. AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche	EJPD
Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2020/493 über das System über gefälschte und echte Dokumente online (FADO) und Änderung des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)	EJPD
Bundesgesetz über die Plattform für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ)	EJPD
Verordnungsanpassungen aufgrund der Übernahme der SIS-Verordnungen (EU) 2018/1860, 2018/1861 und 2018/1862 (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) und der Anpassung des BGIAA zur Erstellung einer umfassenden Statistik im Rückkehrbereich	EJPD
Verlängerung der Covid-19-Verordnung Asyl	EJPD
Ausführungsbestimmungen zur Nutzung des Einreise- und Ausreisensystems (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)	EJPD
Änderung der Handelsregisterverordnung	EJPD

Titel	Konsultierendes Organ
Verordnung über Sorgfaltspflichten und Transparenz in den Bereichen Mineralien und Metalle aus Konfliktgebieten sowie Kinderarbeit (VSoTr)	EJPD
Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG): Covid-19-Test bei der Ausschaffung	EJPD
Verordnung über Vorläuferstoffe für explosionsfähige Stoffe (Vorläuferstoffverordnung)	EJPD
Genehmigung und Umsetzung der Notenaustausche zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnungen (EU) 2021/1150 und (EU) 2021/1152 hinsichtlich der Festlegung der Bedingungen für den Zugang zu anderen EU-Informationssystemen für ETIAS-Zwecke (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)	EJPD
Genehmigung und Umsetzung der Notenaustausche zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnungen (EU) 2021/1133 und (EU) 2021/1134 zur Reform des Visa-Informationssystems und der damit verbundenen Bedingungen für den Zugang zu anderen EU-Informationssystemen für VIS-Zwecke (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands) sowie zur Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes	EJPD
Genehmigung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2021/1148 zur Schaffung eines Instruments für finanzielle Hilfe im Bereich Grenzverwaltung und Visumpolitik im Rahmen des Fonds für integrierte Grenzverwaltung (Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands)	EJPD
Neues Finanzierungssystem Asyl; Ausrichtung von Sprachnachweisen in ausländer- und bürgerrechtlichen Verfahren auf die schweizerischen Verhältnisse	EJPD
Teilinkraftsetzung des Bundesgesetzes über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus; Verordnung über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus	EJPD
Revision des ZGB (Massnahmen gegen Minderjährigenheiraten)	EJPD
Totalrevision der Verordnung zum Bundesgesetz über den Datenschutz (VD SG)	EJPD
Verlängerung und Anpassung der Covid-19-Verordnung Justiz und Verfahrensrecht	EJPD
Änderung des Ausländer- und Integrationsgesetzes: Zulassungserleichterung für Ausländerinnen und Ausländer mit Schweizer Hochschulabschluss	EJPD
Konsultation zur «Planungshilfe für den Abbau von Steinen und Erden zur Herstellung von Zement»	BPUK

Anhang II: Direktorenkonferenzen

Direktorenkonferenzen auf nationaler Ebene (Stand am 31.12.2021)

Name	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Konferenz der kantonalen Sozialdirektorinnen und -direktoren (SODK)	GS-Direktorin	Mitglied
Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)	EKS-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz kantonaler Landwirtschaftsdirektoren (LDK)	ILF-Direktorin	Vorstandsmitglied
Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK)	GS-Direktorin	Vorstandsmitglied
Konferenz der kantonalen Finanzdirektorinnen und -direktoren (FDK)	FIN-Direktor	Vorstandsmitglied
ch Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit	Staatskanzlerin	Mitglied Leitender Ausschuss
Schweizerische Hochschulkonferenz (SHK)	EKS-Direktor	Mitglied
Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD)	SJ-Direktor	Mitglied
Schweizerische Konferenz der kantonalen Militär- und Zivilschutzdirektorinnen und -direktoren (MZDK)	SJ-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz für Wald, Wildtiere und Landschaft (KWL)	ILF-Direktorin	Mitglied
Tripartite Konferenz (TK)	RUB-Direktor	Präsident
Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)	VW-Direktor	Mitglied
Konferenz Kantonaler Volkswirtschaftsdirektoren (VDK)	VW-Direktor	Vorstandsmitglied
Konferenz Kantonaler Energiedirektoren (EnDK)	VW-Direktor	Mitglied
Fachdirektorenkonferenz Lotteriemarkt und Lotteriegesetz (FDKL)	FIN-Direktor	Mitglieder
Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz (BPUK)	RUB-Direktor	Vizepräsident
Konferenz der kantonalen Direktoren des öffentlichen Verkehrs (KöV)	RUB-Direktor	Vorstandsmitglied
Schweizerische Staatsschreiberkonferenz	Staatskanzlerin	Mitglied

Schweizerische Regionalkonferenzen (Stand am 31.12.2021)

Name	Vertretung des Staatsrats	Funktion
Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der Westschweiz, Berns und des Tessins (CLDF)	FIN-Direktor	Präsident
Conférence romande de la loterie et des jeux (CRLJ)	FIN-Direktor	Präsident
Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)	EKS-Direktor	Präsident
Regierungsausschuss FH-WS	VW-Direktor	Präsident bis 01.07.2021, Vorstandsmitglied
Hauptstadtregion Schweiz	VW-Direktor	Vorstandsmitglied
Lateinische Konferenz der kantonalen Militär- und Bevölkerungsschutzdirectorinnen und -direktoren (CLAMPP)	SJ-Direktor	Mitglied
Nordwestschweizerische Erziehungsdirektorenkonferenz (NWEDK)	EKS-Direktor	Mitglied
Lateinische Konferenz der Justiz- und Polizeidirektoren (CLDJP)	SJ-Direktor	Mitglied
Konferenz der Militärdirektoren der Westschweiz	SJ-Direktor	Mitglied
Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)	VW-Direktor	Mitglied
Volkswirtschaftsdirektorenkonferenz der Westschweiz (VDK-WS)	VW-Direktor	Mitglied
Öffentlicher Beirat EOSH	VW-Direktor	Mitglied
Greater Geneva Berne Area (GGBa)	VW-Direktor	Mitglied
Gesundheits- und Sozialdirektorenkonferenz der lateinischen Schweiz (CLASS)	GS-Direktorin	Mitglied
Lateinische Konferenz der in Asyl- und Migrationsfragen zuständigen Departementsvorsteher (CLDAM)	GS-Direktorin	Mitglied
Konferenz der Bau-, Raumplanungs- und Umweltdirektoren der Westschweiz und der lateinischen Schweiz (CDTAPSOL)	RUB-Direktor	Präsident
Westschweizer Verkehrsdirektorenkonferenz (CTSO)	RUB-Direktor	Präsident seit 20.04.2021
Conférence latine des directeurs cantonaux du numérique	FIN-Direktor	Mitglied
Lateinische Staatsschreiberkonferenz	Staatskanzlerin	Mitglied

Anhang III: Präsidien und Vizepräsidien

Präsidien und Vizepräsidien, die von Kadern der Kantonsverwaltung ausgeübt werden (Stand am 31.12.2021)

Direktion	Verantwortliche/r	Funktion	Organ
EKSD	Generalsekretär	Präsident	Kommission der Departementssekretäre (DSK) der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK)
EKSD	Generalsekretär	Präsident	Konferenz der Generalsekretäre (CSG) der Interkantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)
EKSD	Generalsekretär	Präsident	Beratender Ausschuss der Partnervereinigungen (COPAR) der Interkantonalen Erziehungsdirektorenkonferenz der französischen Schweiz und des Tessins (CIIP)
EKSD	Generalsekretär	Vizepräsident	Schweizerische Konferenz der Departementssekretäre der kantonalen Erziehungsdepartemente (KDS)
EKSD	Vorsteher S2	Präsident	Fachmaturitätskommission der CIIP
EKSD	Vorsteher S2	Präsident	Kommission für multilaterale und europäische Zusammenarbeit der CIIP
EKSD	Vorsteher S2	Vizepräsident	Schweizerische Mittelschulämterkonferenz (SMAK)
EKSD	Vorsteher SpA	Präsident	CRTS: Lateinischer Teil der Konferenz der kantonalen Sportbeauftragten, KKS: Fachkonferenz der EDK
EKSD	Vorsteher ABBA	Präsident	Interkantonale Stipendien-Konferenz (IKSK; Fachkonferenz der EDK)
EKSD	Vorsteher KA	Vizepräsident	Konferenz der kantonalen Kulturbeauftragten KBK
EKSD	Vorsteher KA	Präsident	CORODIS (Commission Romande de Diffusion des Spectacles)
EKSD	Rektorin Universität	Präsidentin	Kammer Universitäre Hochschulen swissuniversities
EKSD	Vorsteher KGA	Präsident	Konferenz der Schweizerischen Denkmalpflegerinnen und Denkmalpfleger
SJD	Vorsteher BMA	Präsident	Konferenz der Vorsteher der kantonalen Ämter für Migration der lateinischen Schweiz
SJD	Chef Gendarmerie Pol	Präsident	Interkantonale Fachgruppe GITANA
SJD	Direktor ASS	Vizepräsident	Vereinigung der Schifffahrtsämter (VKS)
SJD	Chef Sektor Schweizerpässe-Biometrie (BMA)	Vizepräsident	Verband der Kantonalen Passstellen (VKP)
SJD	Kommandant Pol	Präsident	Geschäftsleitung IPAZ
SJD	Chef Gendarmerie Pol	Präsident	Arbeitsgruppe Zusammenarbeit Kantonspolizei - Gemeindepolizeikorps
SJD	Chef Gendarmerie Pol	Präsident	Stab GIRO (Interventionsgruppen der Westschweiz)
SJD	Chef Stabdienste Pol	Präsident	Logistikkommission der Conférence latine des Commandants de police cantonale
ILFD	wissenschaftlicher Berater LwA	Präsident	Interkantonale Zertifizierungsstelle (OIC)
ILFD	Technischer Sachbearbeiter	Präsident	Schweizerische Vereinigung für ländliche Entwicklung suisse melio
VWD	Chef BBA	Präsident	Schweizerische Berufsbildungsämter-Konferenz (SBBK)
GSD	Vorsteherin des Amts für Gesundheit	Präsidentin	"Groupement romand des services de santé publique des cantons romands, de Berne et du Tessin" (GRSP)
GSD	stellvertretende Vorsteherin KSA	Präsidentin	Asylkoordinatoren der Région Romande (Région 1)
GSD	Chef KSA	Vizepräsident	Vorstand der ARTIAS (Association romande et tessinoise des institutions d'action sociale)
GSD	Chef KSA	Präsident	Vorstand des GRAS (Groupement des Chef-fes de services des Affaires sociales des cantons romands, de Berne et du Tessin)
GSD	Chef JA	Präsident	Lateinischen Konferenz zur Förderung und zum Schutz der Jugend

Direktion	Verantwortliche/r	Funktion	Organ
GSD	Vorsteherin des Schulzahnplegedienst	Vizepräsidentin	Klinikkonferenz der Schweizer Schulzahnklinik-Leiterinnen und -Leiter
GSD	Kantonaler zahnärztlicher Arzt	Vizepräsident	Klinikkonferenz der Schweizer Schulzahnklinik-Leiterinnen und -Leiter
RUBD	Vorsteher des Amtes für Umwelt	Präsident	Konferenz der Westschweizer Umweltvorsteher (CREPE)
RUBD	Vorsteher des Amtes für Umwelt	Präsident	Wasser-Agenda 21
RUBD	Vorsteherin des Bau- und Raumplanungsamts	Präsidentin	Schweizerische Kantonsplanerkonferenz (KPK)
RUBD	Kantonsingenieur	Präsident	Konferenz der Kantonsingenieure (KIK)

Anhang IV : Interkantonale Vereinbarungen

Interkantonale Vereinbarungen in Ausarbeitung, Verhandlung oder im Ratifikationsprozess (Stand am 31.12.2021)

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahrscheinliches Datum des Inkrafttretens:	Betroffene Kantone	Zuständige Direktion	Betreffende Direktoren- konferenz	Stand
1	Interkantonale Universitätsvereinbarung (Totalrevision)	2021	Alle Kantone	EKSD	EDK	In Ratifikation
2	Convention romande sur les jeux d'argent (CORJA)	01.01.2021	West- schweizer Kantone	SJD/FIND	-	In Ratifikation
3	Interkantonale Vereinbarung betreffend die gemeinsame Durchführung von Geldspielen	01.01.2021	Kantone	SJD/FIND	-	In Ratifikation
4	Konkordat über die Fischerei im Neuenburgersee	2022	FR, NE, VD	ILFD	-	In Vorbereitung
5	Interkantonale Vereinbarung über die kantonalen Beiträge an die Spitäler zur Finanzierung der ärztlichen Weiterbildung und deren Ausgleich unter den Kantonen (WFV)	01.01.2021	Alle Kantone	GSD	GDK	Gesetz und Botschaft zum Beitritt in Vorbereitung.
6	Interkantonale Vereinbarung CARA über das elektronische Patientendossier	2021	FR-VD- GE-VS-JU	GSD	-	In Verhandlung
7	Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit der Sanitätskräfte bei ausserordentlichen Ereignissen	01.01.2020	Alle West- schweizer Kantone	GSD	GDK	In Verhandlung
8	Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen (IVSE) – Änderung	01.01.2020	Alle	GSD	SODK	
9	Vereinbarung über den Einsatz und der Nutzung einer sanitätsdienstlichen Einrichtung	01.01.2020	VD, FR	GSD		Ratifikation
10	Vereinbarung über den Einsatz und der Nutzung einer sanitätsdienstlichen Einrichtung	01.01.2020	VD, FR und Montagny	GSD		Ratifikation
11	Vereinbarung über den interkantonalen Unterhaltsdienst für das Nationalstrassennetz auf dem Gebiet der Kantone Freiburg und Waadt sowie der Republik und des Kantons Genf (Vereinbarung SIERA)	01.01.2019	GE, VD, FR	RUBD	-	Gesetz vom 8.11.18 über den Beitritt des Kantons Freiburg zur interkantonalen Vereinbarung über den interkantonalen Unterhaltsdienst für das Nationalstrassennetz auf dem Gebiet der Kantone Freiburg, Waadt und Genf (SIERA)

	Vereinbarungen (provisorischer Titel)	Wahrscheinliches Datum des Inkrafttretens:	Betroffene Kantone	Zuständige Direktion	Betreffende Direktoren- konferenz	Stand
12	Revision der Interkantonalen Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen	2022	Alle Kantone	RUBD	BPUK	Verabschiedung durch das Interkantonale Organ für das öffentliche Beschaffungswesen (InöB) am 15. November 2019
13	Zusammenarbeitsvereinbarung für die Entwicklung und Verwaltung der Anwendung Kompass21	22.03.2021	VD, VS, FR	RUBD	BPUK	Unterzeichnet am 22.03.2021
14	Interkantonale Vereinbarung für schulische Angebote in Spitälern (ISV)	2023	Alle Kantone	EKSD	EDK	Vernehmlassung beendet

Anhang V: Tätigkeitsfelder der Sektor Aussenbeziehungen

Beziehungen zu Bundesbern

- > Organisieren der Kontakte und des Austauschs zwischen dem Staatsrat und den freiburgischen Vertretern in den eidgenössischen Räten;
- > Organisieren der Kontakte und des Austauschs zwischen dem Staatsrat und dem Bundesrat;
- > Organisieren der Kontakte, mitunter das jährliche Treffen, zwischen dem Staatsrat und hohen Beamten der Bundesverwaltung;
- > Verfolgen der prioritären transversalen Geschäfte, die auf Bundesebene erarbeitet werden, und nötigenfalls eingreifen. Dies geschieht jeweils auf Anfrage der betroffenen Direktionen (Geschäfte, die dem Bundesparlament unterbreitet werden) ;
- > Koordinieren auf Kantonsebene der Vernehmlassungsverfahren des Bundes und von Konsultationen anderer externer Instanzen (KdK, Bundesparlament).

Regierungszusammenarbeit und interkantonale Zusammenarbeit

- > Koordinieren der Beziehungen zwischen dem Staatsrat und der kantonalen Verwaltung mit der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) sowie der Westschweizer Regierungskonferenz (WRK);
- > Koordinieren der inhaltlichen Vorbereitungen für die Treffen des Staatsrats mit den Regierungen der Nachbarkantone (NE, VD, BE) und weiterer Kantone;
- > Die Teilnahme des Kantons Freiburg in der Hauptstadtregion Schweiz koordinieren (HSR);
- > Vorbereiten und koordinieren des Dossiers « ch Stiftung – Stiftung für eidgenössische Zusammenarbeit » für die Staatskanzlerin, die Mitglied des leitenden Ausschusses dieser Stiftung ist;
- > Führen des Sekretariats der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren der lateinischen Schweiz (CLDF).

International – Europäische Union

- > Koordinieren der Umsetzung der bilateralen Abkommen und des Dossiers der europäischen Integration im Kanton Freiburg sowie evaluieren ihrer Auswirkungen auf Kantonsebene;
- > Organisieren, im Auftrag des Vorstehers der SJD, der Vertretung des Kantons Freiburg in der Versammlung der Regionen Europas (VRE);
- > Mitwirken am Empfang von ausländischen Delegationen und Botschaftern/Konsulen;
- > Sicherstellen der Umsetzung des Abkommens über die Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Innovation mit der Region Grand-Est (darunter das Elsass);
- > Gemeinsam mit der Volkswirtschaftsdirektion zur Teilnahme des Kantons Freiburg am Programm Interreg V beitragen.

Besondere Aufgaben

- > Verbindung zur Kommission für auswärtige Angelegenheiten des Grossen Rates;
- > Begleitung und Weiterbildung der Direktionen bezüglich der aussenbeziehungsbezogenen Thematiken.